DIE VOLKSABSTIMMUNG IN OST- UND WESTPREUSSEN.

(11. Juli 1920.)

(Ein Vortrag aus Anlass der zehnten Wiederkehr des Abstimmungstages.)

(Als Manuskript gedruckt.)

Zehn Jahre sind seit dem unvergesslichen Tage verflossen, da Ost- und Westpreussen in der durch den Versailler Vertrag auferlegten Volksabstimmung und in Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes einen glänzenden Sieg erfochten. Die Wiederkehr dieses Tages fällt in eine Zeit, wo nicht nur diese beiden Landesteile, sondern die gesamten deutschen Ostmarken schwer um ihre Existenz ringen. Mehr denn je zeigen sich heute, zehn Jahre seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages die furchtbaren Folgen der unseligen Zerreissung des deutschen Ostlandes, der Schaffung des Weichselkorridors, der dadurch bedingten Abschnürung Ostpreussens, der Absplitterung Danzigs und der Teilung Oberschlesiens.

Zusammengehörige Gebietsteile sind zerrissen und unheilbarem Siechtum überantwortet worden. Wirtschaftliche Einheiten sind zersprengt und kulturelle Zusammenhänge bewusst missachtet worden. Die Ostgrenze, die vor dem Kriege nur etwa 1500 km umfasste, hat durch den Friedensvertrag eine Ausdehnung auf 2100 km erhalten. Berlin ist nur noch 160 km von der polnischen Grenze entfernt, die Grenzmark Posen-Westpreussen zu 19/20 reines Grenzgebiet geworden. Die Folgen der Grenzziehung gehen weit über das Mass der bei einer Grenzneugestaltung unvermeidlichen Schäden hinaus.

Die Landwirtschaft befindet sich in der ganzen Ausdehnung der Ostprovinzen in einer schweren Krisis und sieht sich um die Grundlagen ihrer Existenz und um ihre Rentabilität gebracht. Hunderte und aber Hunderte von Bauernwirtschaften und Gütern sind bereits zu Grunde gegangen; andere kämpfen mit dem Mute der Verzweiflung um ihre Existenz. Handel und Wandel liegen zum Teil hoffnungslos darnieder; Gewerbe, Handwerk und Mittelstand fühlen angesichts der sinkenden Rentabilität der Landwirtschaft die Grundlage ihres Daseins und ihres Wohlstandes

schwinden. Die ostmärkische Industrie, namentlich soweit sie in Ost- und Westpreussen und in der Grenzmark Posen-Westpreussen ihren Standort hat, sieht sich wertvoller und lebensnotwendiger Absatzgebiete beraubt und muss teilweise zu weitgehenden Produktionseinschränkungen oder gar Stillegungen schreiten. Hunderttausende von Arbeitskräften werden wider ihren Willen zum Feiern gezwungen. Die zu zahlenden Arbeitslosenunterstützungen und Wohlfahrtsrenten belasten in weitgehendem Masse die bereits an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit angelangten Kommunen und die ohnedies hart um ihr Dasein kämpfende Wirtschaft.

Die Verschuldung greift in erschreckendem Masse um sich. Konkurse, Zwangsversteigerungen sind an der Tagesordnung und haben eine weit den Reichsdurchschnitt übersteigende Höhe erreicht. Neben der Wirtschaft leidet auch die Kultur der Ostprovinzen schwere Not.

Notwendige Schulbauten oder Reparaturen von solchen können meist nicht ausgeführt werden; Wohlfahrtseinrichtungen können nicht erhalten oder nicht ausgebaut werden. Die Theater, die in den Grenzgebieten eine besonders wertvolle, kulturelle Mission zu erfüllen haben, müssen ihre Pforten schliessen oder zur Erhaltung ihrer Existenz den Staat um Bewilligung von Zuschüssen angehen, wie die Landesbühnen in Königsberg, Breslau, Allenstein und Tilsit.

So sind Not und Sorge fast in jeden ostmärkischen Haushalt eingezogen. Auf dem deutschen Osten lastet "die unsichtbare Besatzung schwerster Wirtschaftsnot", die die Bewohner dieser Landesteile im Ringen für das gemeinsame Wohl zermürbt.

Längs der ganzen Ostgrenze finden wir die gleichen Erscheinungen. Ueberall sehen wir die gleichen Ursachen und die gleichen Wirkungen.

Niedergang und Wirtschaftsverfall, das sind die Folgen des Friedensvertrages und der Grenzzerreissung. Diese Wirkungen liegen heute, zehn Jahre nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, klar am Tage.

Das ist das Bild, das sich dem unparteiischen Betrachter in dem Augenblick bietet, in dem Deutschland sich der zehnten Wiederkehr des Abstimmungssieges in Ost- und Westpreussen erinnert. Und gerade angesichts dieser schmerzlichen und schwierigen Zustände ist es in doppeltem Sinne unsere Pflicht, dankbar jenes mutigen und verantwortungsbewussten Eintretens der Ost- und Westpreussen für ihr Deutschtum vor zehn Jahren zu gedenken und damit das feste Gelöbnis zu verbinden, dass, wie sie damals für ihr schwerbedrängtes Vaterland wie ein Mann eingetreten sind, das deutsche Volk jetzt alle Kräfte zur Rettung und Gesundung ihrer engeren Heimat einsetzen wird.

Der deutsche Osten ist nie in gleichem Masse volkstümlich gewesen wie die volksreichen, sagenumwobenen und immer im Mittelpunkt der deutschen Geschichte stehenden west- und südwestdeutschen Gebiete. Die Liebe der Deutschen galt immer mehr den Landen am Rhein, mit ihren Rebhügeln und epheuumkränzten Burgen. Von den Rittervesten an der Weichsel sprach man nicht viel. Erst nach dem Kriege und durch den Krieg trat in dieser Volksstimmung ein Wandel ein. Der Blick für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des Ostens hat sich geschärft. Unsere Sinne sind wacher und heller geworden.

Wir erinnern uns mancher Dinge, die bis dahin nur in unserem Unterbewusstsein schlummerten. Männer wie Kant, Herder, Schopenhauer, Hamann, E. T. A. Hoffmann, Arno Holz und viele andere, die das Antlitz der deutschen Kultur wesentlich bestimmt haben, entstammen den östlichen Grenzmarken.

Wie wenige kennen die Schönheiten des Ostens? Immer noch sucht der Deutsche im Auslande, namentlich in Italien und in der Schweiz Erfüllung seiner Sehnsucht nach den Schönheiten der Natur und vernachlässigt darüber die östlichen Provinzen, offenbar weil er dort Wüste und Wildnis zu finden glaubt.

Wir Deutsche haben viel gut zu machen an der Ostmark, die vereinzelt, abgeschnitten und bedrängt in bitterster Not ist und sehnsüchtig nach gesamtdeutscher Hilfe ausschaut.

"Ostpreussen, einsames Land, hart in dein einsames Schicksal gebannt, musst du stumm halten gegen Sturmes- und Meeresgewalten. Du kämpfest am schwersten!"

So sang der ostpreussische Dichter Walter Heymann während des Weltkrieges, kurz bevor er fiel. Wie prophetisch klingt heute den Ost- und Westpreussen dieses Wort, da sie im Weltkriege Schwerstes ertragen mussten. Man opferte sie auf gegnerische Seite im Friedensschluss polnischen Begehrlichkeiten und riss ihr Land vom übrigen Körper des Reiches los. Härteres Schicksal hat ost- und westpreussisches Land getroffen, als irgendeinen andern Teil des Reiches. Der Osten, ganz besonders aber die Lande an Weichsel, Pregel und Memel, sind seitdem unser Sorgenkind geworden. Und in der Sorge um seine Erhaltung wuchs und wächst immerdar die Liebe zu ihm und die Erkenntnis, wie viel Grosses und Gutes das ganze Volk dem deutschen Osten verdankt.

Unter den vielfachen Schicksalsschlägen, die die Ostmärker im langen Laufe ihrer abwechslungsreichen Geschichte zu ertragen hatten, ist ihre Widerstandskraft gewachsen und ihre Seele männlich und stark geworden. Ihr besonderer Charakter hat sich unter diesen Schlägen geformt.

Ostmärkische Art ist es, nicht zu klagen und nicht zu verzagen! Wenn jemals, dann hat sich diese Wesensart vor zehn Jahren im hellsten

Lichte gezeigt, als grosse Gebiete Ost- und Westpreussens von unseren Feinden gezwungen wurden, in einem Akte der Abstimmung ihr Deutschtum zu beweisen.

Sie haben ihr Deutschtum wahrhaft erhebend und grossartig bekannt, und zwar unter den schwierigsten und niederdrückendsten Verhältnissen. Denn die Polen haben kein Mittel unversucht gelassen, um der Welt einzuhämmern, dass die deutschen Ostprovinzen nicht deutsch, sondern polnisch seien, dass sie von Anbeginn der Geschichte an von Polen bewohnt gewesen seien, und dass die von Deutschland "geknechteten Polen" sehnsüchtig auf Erlösung warteten.

Schon Jahrzehnte vor dem Kriege haben die Polen eine lebhafte Propaganda getrieben, und die Welt mit Broschüren überschwemmt. So behauptete der Pole Dr. Kentrzynski in einer Abhandlung, dass die Masuren echte Polen seien. Zahlreiche ähnliche Abhandlungen lassen sich nachweisen. Die Folgen einer solchen Geschichtsfälschung blieben nicht aus. Die ganze ausserdeutsche Welt glaubte schliesslich solche Behauptungen. Ihren stärksten Widerhall fanden diese Verleumdungen auf der Friedenskonferenz. Die Polen gingen, um die "grossen Vier", namentlich Wilson, in ihrem Sinne zu beeinflussen, systematisch vor. Sie meldeten bald nach unserem Zusammenbruch ihre unerhörten Forderungen in Paris an und begründeten sie mit ihrer geschichtlichen Scheinwissenschaft. Unbekümmert um den von Wilson proklamierten Grundsatz der Selbstbestimmung verlangten sie ganz Posen, Westpreussen mit Danzig, ganz Oberschlesien, Masuren und Ermland und die pommerschen Grenzbezirke. Die Entente schien zunächst geneigt, diese Forderungen abzulehnen. Auch Wilson widersetzte sich zunächst den von dem polnischen Wortführer Roman Dmowski mit Hartnäckigkeit vorgetragenen polnischen Wünschen, da er in jenem Stadium der Verhandlungen noch auf dem Standpunkt stand, dass

nur Gebiete "mit unzweifelhaft polnischer Bevölkerung" an Polen abgetreten werden dürften, entsprechend dem in seinen 14 Punkten ausgesprochenen Grundsatz.

Aber es kam anders. Von dem Verlangen beseelt, die Friedenskonferenz vor vollendete Tatsachen zu stellen, zettelte man gleich nach dem Weihnachtsfest des Jahres 1918 den polnischen Aufstand in Posen an und stürzte damit die Ostmark in langwierige Kämpfe zwischen den beiden Nationalitäten, die um so erbitterter waren, als jedes Volk bestrebt war, möglichst viel Land als sein eigenes volkliches Gebiet vor der Friedenskonferenz zu erweisen und mit den Waffen zu behaupten. Auch als eine Demarkationslinie festgelegt wurde, die längs der ost- und westpreussischen Grenze bis zur Weichsel und von da südlich von Bromberg bis Schneidemühl verlief, war der Friede nicht hergestellt.

Die ost- und westpreussische Bevölkerung lebte weiter in grösster Sorge. Sie steigerte sich aufs höchste, als bekannt wurde, dass in Frankreich unter dem General Haller eine polnische Armee aufgestellt wurde, die auf dem Seewege über Danzig durch Westpreussen nach Polen befördert werden sollte. Der durchsichtige Plan, die Provinz Westpreussen durch die Haller-Armee besetzen zu lassen, und dann zur polnischen Provinz zu erklären, musste unter allen Umständen vereitelt werden. Ein einhelliges "Niemals" scholl durch das ganze Land. Ueberall machte sich einmütige Entschlossenheit geltend, den Durchmarsch durch Westpreussen zu verhindern, und wenn es sein müsse, mit Waffengewalt. Diese Bekundung eines zum Aeussersten entschlossenen Volkes verfehlte ihre Wirkung nicht. Man nahm in Paris von dem ersten Plan Abstand, und die Haller-Armee wurde auf einen andern Weg verwiesen.

Das war ein Erfolg, der die Herzen höher schlagen liess. Um so grösser war die Ent-

täuschung, als am 19. Mai 1919 die Friedensbedingungen bekannt wurden. Es erschien unfasslich, dass fast ganz Westpreussen vom Reiche abgetrennt, Soldau und das Memelgebiet abgetreten und der Süden Ostpreussens und der Rest Westpreussens dem ungewissen Schicksal einer Volksabstimmung überantwortet werden sollten. Tiefe Trauer erfasste die Bevölkerung Ost- und Westpreussens.

Das Schicksal nahm seinen Lauf. Das Friedensdiktat von Versailles wurde unterzeichnet. Nun galt es zu retten, was noch zu retten war. Das Abstimmungsgebiet konnte dem deutschen Vaterlande erhalten werden, wenn alle deutschen Männer und Frauen in diesen Gebieten ihre Pflicht taten. Es umfasste im südlichen Ostpreussen im grossen ganzen die Landschaften Ermland und Masuren und in Westpreussen die Kreise Stuhm, Rosenberg und Marienwerder östlich der Weichsel sowie den Kreis Marienburg östlich der Nogat.

In diesen Bezirken sollte also das von den alliierten Mächten so oft im Munde geführte Selbstbestimmungsrecht durchgeführt werden. Allerdings konnten Zweifel daran auftauchen, ob diese Bestimmung des Versailler Vertrages von unseren Gegnern überhaupt ernst genommen wurde. Denn sonst hätte man auch in Posen und im übrigen Westpreussen die Volksabstimmung zulassen müssen und die Gebiete nicht einfach zu Polen geschlagen!

Nur die ungeheuerliche Unkenntnis der geschichtlichen Verhältnisse, bezüglich der deutschen Ostprovinzen bei den Schöpfern und sog. Sachverständigen des Friedensvertrages kann es erklären, dass man überhaupt auf den Gedanken gekommen ist, die Provinzen Ost- und Westpreussen, Pommern und Schlesien als slawisch anzusehen und dem Deutschtum streitig zu machen. Sie sind in Wahrheit alte Germanenheimat.

Die geschichtliche Entwicklung unserer Ostmark ist leider nicht allen Deutschen geläufig. Darum sei sie hier in ihren Grundzügen dargestellt.

Die Namen: Dirschau, Konitz, Pr.-Stargard, Flatow, Graudenz, Thorn, Neidenburg, Fischhausen u. a. erinnern an die germanischen Ureinwohner: die Burgunden, Gepiden, Goten, oder Golinden. Bei Guttstadt, Guttenfeld, Guttowen, Seegutten haben wir es zweifellos mit Namen gotischer Abkunft zu tun. Die westpreussischen Ortsnamen: Montau, Montauerspitze, Montauerweide, Montey und Montwig lassen sich 2 Jahrtausende zurückführen. Schon vor viertausend Jahren war der ostdeutsche Boden von unsern germanischen Urvätern bewohnt. In Rondsen bei Graudenz, in Ladekopp bei Marienburg und Hermsdorf bei Elbing sind Fundstätten alter Germanenkultur. Im Kreise Schwetz hat man ein germanisches Reitergrab gefunden. In den Kreisen Konitz, Kulm, Skerz, Wreschen, Samter, Glogau und Breslau sind bewundernswerte germanische Steinmale entdeckt worden!

Als in der grossen Völkerwanderung 375 die kraftvolle Jugend unsere Ostheimat verliess, war dem Nachdringen neuer Völkermassen günstige Gelegenheit geboten. Diese neuen Völkerscharen waren die Slawen; sie wanderten bis zur Donau und weiter südlich vor. Rechts von der Weichsel hatte sich aber der Volksstamm der alten Pruzzen niedergelassen. Sie gehörten ihrer Kultur und ihrer Sprache nach zur baltischen Völkergruppe. Die alten Preussen waren friedliche, ihre Scholle liebende Bauern. Als die Slawen, besonders Polen und Masovier, sich nach Norden ausbreiteten, stiessen sie auch auf die Preussen, die ihnen lange erbitterten Widerstand leisteten. Der polnische Teilfürst, Konrad von Masovien, wandte sich in seiner Bedrängnis an den deutschen Ritterorden und bat diesen um Hilfe. Der damalige Hochmeister des Ordens,

Hermann von Salza, sagte die Hilfe zu. Er liess sich aber durch den ihm befreundeten hohenstaufischen Kaiser Friedrich II. (1215–1250) und durch den Papst Urkunden ausstellen, die ihm die Eroberungen an der Weichsel im voraus für den Orden sicherten. Unter allen Umständen wollte der Orden unabhängig von Polen sein. Die Geschichte des deutschen Ritterordens, die Eroberung des Pruzzenlandes, die Festigung des Ordensstaates, die Kolonisierung des neu eroberten Landes mit deutschen Ansiedlern, das schwankende Geschick des Ordens mit seinen Unterworfenen und Nachbarn, den Polen und Litauern, sind bekannt. Der Ordensstaat mit seiner einheitlichen, straffen Ordnung und Verwaltung beruhte auf dem Deutschtum, das aus dem Reich westlich der Elbe, dem Lande zwischen Elbstrom, Wasgau und Rhein, zuwanderte. Handwerker und Kaufleute siedelten sich an. So erstand in Ost- und Westpreussen ein innerlich gefestigter Staat, in dem ein neuer deutscher Stamm erwuchs. Die Regierungszeit Winrichs von Kniprode (1351–1382) bezeichnet etwa den Höhepunkt dieser Entwickelung. Der Orden hatte in 200jähriger Arbeit Grosses geleistet, nämlich das alte Pruzzenland dem Christentum erschlossen und kulturell neu gestaltet. Auf weitere Eroberungen und politische Machtentfaltung war er nicht eingestellt, und so kam es, dass er dem listigen Ränkespiel der vereinigten Litauer und Polen zum Opfer fiel. Das Ordensheer wurde im Jahre 1410 in der Schlacht bei Tannenberg vernichtend geschlagen. Um diese Zeit entstand im südlichen Ostpreussen das Volk der Masuren. Masovische Einwanderer drangen hier ein und vermischten sich mit den ansässigen Deutschen und Preussen. Die Masuren sprechen noch heute einen altertümlichen polnischen Dialekt als Haussprache, das Masurische, das mit deutschen Brocken stark durchsetzt ist. In Ostpreussen hatten die Polen trotz ihrer

Lehenshoheit nicht viel zu sagen. Während der Reformation trat auch Ostpreussen zum evangelischen Glauben über. Der damalige Ordensmeister, Albrecht von Hohenzollern, verwandelte im Jahre 1525 Ostpreussen in ein weltliches Herzogtum. Als die herzogliche Linie in Ostpreussen erlosch, fiel Ostpreussen an die brandenburgischen Hohenzollern. Im Frieden zu Oliva 1660 erlangte der Grosse Kurfürst den unbeschränkten Besitz Ostpreussens.

Bei der ersten Teilung Polens 1772 kamen auch Westpreussen und das Ermland an Preussen, jedoch noch ohne Danzig und Thorn; diese beiden Städte wurden erst bei der zweiten Teilung Polens 1793 preussisch. Westpreussen hatte unter der polnischen Herrschaft seit 1466 eine sehr unglückliche Zeit gehabt. Die dem Lande zugesicherten Rechte waren nicht geachtet, Bildung, Wohlstand und Deutschtum verfielen. Nur Danzig machte eine Ausnahme. Es hatte unter den polnischen Königen, welche den Wert des reichen Handelsplatzes wohl zu schätzen verstanden, die Stellung einer Freien Stadt eingenommen.

Friedrich der Grosse liess dem heruntergekommenen Westpreussen seine besondere Fürsorge zu teil werden. Auch er rief deutsche Kolonisten, besonders Württemberger, ins Land. Westpreussen und Posen waren nun mit viel Geld, mit viel Schweiss, viel Arbeit und viel Sorgen wieder hochzuwirtschaften. Damit hat nun der Deutsche dem Lande der Ost- und Westpreussen seinen Stempel aufgedrückt. Deutsche haben das Land der Kultur erschlossen, Moore und Sümpfe entwässert, Wald gerodet und den Boden mit dem bisher dem Lande unbekannten Pflug bearbeitet. Das beste Zeugnis deutscher Kultur und Kunst legen aber die herrlichen Bauten an der Weichsel, an der Alle, am Pregel ab. Was erzählen uns nicht die stolzen Ordensbauten! Nicht ohne heiligen Schauer betritt man das so prächtig wiederhergestellte Hochmeisterhaus in Marienburg!

Wenn die Polen zeitweise im Laufe der deutschen Geschichte ost- und westpreussisches Gebiet an sich gerissen haben, so haben sie nichts weiter mitgebracht als ihre Sprache! Dass sie es vermochten, dem Lande ein polnisches Antlitz zu geben, ist nirgends in der Geschichte festzustellen.

Aber auch in preussischer und deutscher Zeit haben sie es nie an Versuchen fehlen lassen, ihre Propaganda in diese kerndeutschen Gebiete hineinzutragen. Schon vor dem Kriege tauchten in verschiedenen Gegenden Ost- und Westpreussens vereinzelt Nationalpolen auf, die grössere Güter zu erwerben suchten und Zellen für ihre polnische Propaganda bildeten.

In ganz anderem Masse wurde diese nach Schluss des Krieges in Posen und Westpreussen aufgezogen. Namentlich Masuren wurde das Ziel der polnischen Begehrlichkeit, da man hier leichtes Spiel zu haben glaubte. Leider wurde ein evangelischer Geistlicher, Bursche in Warschau, die Seele dieses Kampfes. Unter Missbrauch des Namens der Masuren forderte er das südliche Ostpreussen für Polen, er scheute sich auch nicht, im April des Jahres 1919 eine Masurische Kommission zusammenzustellen, die dann unter Führung des Posener Apothekers Lewandowski nach Paris reiste, um dort für den Anschluss Masurens an Polen einzutreten.

Das Ziel der polnischen Propaganda ging zunächst ausschliesslich auf die glatte Angliederung aller der erwähnten Gebiete. Volksräte wurden in den ost- und westpreussischen Städten von ihnen ins Leben gerufen, Bezirksvereine auf dem Lande. Sie versuchten es mit Flugblättern und Zeitungen, mit Versammlungseinladungen, dann, als auch das nichts half und kein Deutscher zu den Versammlungen erschien, mit Drohungen und Bestechung. Der Erfolg aller dieser Massnahmen war nur sehr gering.

Die deutsche Regierung, die im Jahre 1919 durch die Verhältnisse im Innern voll beschäftigt war, konnte sich um die polnischen Anschläge nicht so kümmern, wie es notwendig war. Ihr war die Lage und die verzweifelte Stimmung in der Ostmark wohl bekannt, aber sie hatte beim besten Willen nicht die Kraft, sich für die Ostmark in der wünschenswerten Weise einzusetzen. Der Osten musste sich selbst helfen, und es fanden sich auch die Männer, die das Rettungswerk in die Hand nahmen. Von vornherein war es klar: die Abstimmung musste so vorbereitet werden, dass der Sieg der deutschen Sache sicher war. So wurde im bedrängten Osten selbst die Organisation geboren, die unter dem Namen "Ostdeutscher Heimatdienst" die gesamte Bevölkerung der Abstimmungsgebiete umfassen sollte. In dieser Organisation wurde nur ein einziges Ziel verfolgt, nämlich die Erhaltung der Abstimmungsgebiete für das Deutsche Reich. In den beiden Städten Allenstein und Marienburg schlug das Herz dieser Bewegung, das in vielfach verzweigten Adern sein warmes Blut in das ganze Abstimmungsgebiet ergiessen sollte. In den anderen Städten wurden Kreisstellen des Ostdeutschen Heimatdienstes eingerichtet, in den Dörfern erblühten die Heimatvereine. Alle sollten bei der Arbeit helfen. Es zeigt sich dabei, dass trotz des seelischen Zusammenbruches nach Krieg und Revolution die Liebe zur Heimat nicht erloschen war. Auch der einfachste Mann verstand es, dass die Heimat in Gefahr war, und dass er sie schützen müsse. Die Liebe zur Scholle vereinigte alle. Die Heimatvereine konnten nur überparteilich und überkonfessionell sein. Die Ostdeutschen Heimatdienste in Allenstein und Marienburg fanden Unterstützung in dem "Masuren- und Ermländerbund" in Allenstein und dem "Deutschen Volksrat" in dem westpreussischen Abstimmungsgebiet. Fast alle politischen Parteien schlossen sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, die mit den

Ostdeutschen Heimatdiensten Hand in Hand arbeitete. So wurde die ganze Bevölkerung erfasst, und man konnte mit Stolz von einem "einig Volk von Brüdern" sprechen. Die Ostdeutschen Heimatdienste eröffneten ihren Abwehrkampf gegen die polnische Propaganda mit der Gründung einer Zeitung, die "Ostdeutschen Nachrichten". Diese Zeitung wurde in jedes Haus geschickt. Weiter galt es, die Stimmung in der Bevölkerung zu festigen. Dazu dienten Heimatfeste, Lichtbildervorträge und Filmvorführungen. Hervorragende Ost- und Westpreussen zogen als Wanderredner im Abstimmungsgebiet umher und klärten die Bevölkerung auf.

Die Wogen der Begeisterung in der Heimat wurden auch in das Deutsche Reich hinübergetragen. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages sollten nämlich auch diejenigen mitabstimmen, die zwar nicht im Abstimmungsgebiet ansässig, wohl aber dort geboren waren. Die Aufnahme dieser Bestimmung hatten die Polen selbst durchgesetzt, mit der Begründung, die preussischen Behörden hätten früher einen solchen Druck auf die ortsansässige Bevölkerung ausgeübt, dass viele Ostpreussen abgewandert wären. Auch diese polnische Verleumdung hat sich zum Segen Deutschlands ausgewirkt und genau das Gegenteil erreicht .

Die technischen Vorbereitungen für die Rückführung der "Heimattreuen" zur Abstimmung hatte der Deutsche Schutzbund und die Sammlung der Abstimmungsberechtigten der Ostdeutsche Heimatdienst übernommen. Die Organisierung des Transportes war keine leichte Sache. Mussten doch die meisten Abstimmungberechtigten auf dem Seewege befördert werden, da man mit Störungsversuchen der Polen im Korridor rechnete. Es bedurfte der grössten Anstrengungen, um die nötige Zahl von Schiffen bereit zu stellen. Die Schwierigkeit war um so grösser, als die deutsche Handelsflotte in eben jenen Tagen den Grossteil

ihrer seetüchtigen Fahrzeuge auf Grund der Bestimmungen des Friedensdiktates an die Feindbundmächte hatte abliefern müssen. Dass es trotzdem gelungen ist, die notwendige Zahl von Schiffen zur Ueberfahrt bereit zu stellen, danken wir allein dem Opfermut und der Tatkraft der deutschen Reedereien, die 24 Schiffe aufbrachten, um der vaterländischen Sache zu dienen. Selbst Torpedoboote mussten benutzt werden. Ueber 90000 Abstimmungsberechtigte wurden auf diese Weise in der Zeit vom 1. bis 9. Juli 1920 über den Seeweg und der Rest auf dem Landwege durch den Korridor in die Heimat geführt.

Die gemeinsame Arbeit stärkte den Mut und förderte die Kampfesstimmung bei der ortsansässigen Bevölkerung. Den Polen entging diese Stärkung des Kampfeswillens auf der deutschen Seite nicht. Ihre Hoffnung richtete sich auf die "Interalliierte Kommission", die die Regierung im Abstimmungsgebiet übernehmen sollte.

Es wurden zwei Kommissionen gebildet, die Anfang Februar 1920 eintrafen: die eine in Allenstein, die andere in Marienwerder. Die betreffenden Regierungspräsidenten mussten die Abstimmungsgebiete schon vorher verlassen, ebenso die deutschen Truppen. Die beiden Interalliierten Kommissionen bestanden aus je vier Mitgliedern, und zwar aus einem Engländer, einem Franzosen, einem Italiener und einem Japaner. Der Präsident der Interallierten Kommission in Westpreussen war der Italiener Pavia, in Allenstein der englische Gesandte Rennie. Die Kommissionen waren von einem grossen Stab von Beamten und Offizieren begleitet. Zwischen den Alliierten Kommissionen und der deutschen Regierung in Berlin war zur Vermittlung je ein deutscher Reichskommissar eingeschoben. In Marienwerder war deutscher Bevollmächtigter für das Abstimmungsgebiet der Landrat Kutter ,der später durch den Regierungspräsidenten Graf Baudissin abgelöst wurde, in Allein-

stein war Freiherr von Gayl Reichs- und Staatskommissar. Nach Eintreffen der Kommissionen wurde das Abstimmungsgebiet vom Reich abgesperrt; es war also besetztes Land. Wieviel Unannehmlichkeiten die fremden Truppen, die Kontrollen in den Kreisstädten durch die Kommissionen und das Passwesen mit sich brachten, lässt sich kaum beschreiben. Die Reichskommissare hatten in dieser Beziehung einen schweren Stand. Lobend muss anerkannt werden, dass sich die deutsche Bevölkerung in den Abstimmungsgebieten der fremden Besatzung gegenüber Zurückhaltung auferlegte. Anders haben sich die Polen verhalten. Wo sich nur Kommissionsmitglieder zeigten, wurden sie von Polen umgeben, Begrüssungen mit reichlichen Blumenspenden wurden auf den Bahnhöfen veranstaltet; in Hotels, die die Polen kurz vorher ankauften, wurden zu Ehren der fremden Besatzung Feste gefeiert. Die polnischen Grossgrundbesitzer erliessen Einladungen an die Kommissionsmitglieder, um diese für sich zu gewinnen. Doch vermochten die Polen die Mitglieder der alliierten Mächte und der Kommission nicht zu überzeugen, dass die Abstimmungsgebiete vorwiegend von Polen bewohnt seien. Ueberhaupt hat die Kommission die Polen sehr enttäuscht, nicht zuletzt durch den Umstand, dass sie die Abstimmung schon auf den 11. Juli 1920 festsetzte. Dieser Termin war den Polen viel zu früh. Sie waren mit ihren Vorbereitungen noch lange nicht fertig. Wiewohl die französischen Kommissionsmitglieder die Entscheidungen der Kommission in profranzösischem Sinne zu beeinflussen suchten, war diese doch bemüht, unparteiisch zu sein. Als die Polen merkten, dass sie die Kommission nicht einfach vor ihren Wagen spannen konnten, verlangten sie in Paris ihre Abberufung, jedoch ohne Erfolg. In den Abstimmungsgebieten aber organisierten sie eine Knüppelgarde, die "Bojuwka", die die Aufgabe

hatte, die deutschen Versammlungen und Feste zu stören und einen Aufruhr im Abstimmungsgebiet zu entfachen. Sie zogen an der Grenze Truppen zum militärischen Ueberfall zusammen und liessen sich die Vorbereitungen viel Geld kosten.

Die deutsche Bevölkerung aber liess sich an ihren Führern Max Worgitzki, dem Vorsitzenden des "Masuren- und Ermländerbundes", Dr. Marks und Lehrer Götz (Marienburg) u. a. nicht irre machen. Je lauter und vordringlicher die Polen wurden, desto zurückhaltender, wagemutiger und siegessicherer wurden die Deutschen.

Der Abstimmungstag kam. Es wurde ein Tag stolzesten Bekenntnisses zum Deutschtum und zur Heimat.

Bis zum letzten Mann und zur letzen Frau waren die "Heimattreuen" zur Stelle. Ueberall hatten sie echt ostpreussische Gastfreundschaft und liebevolle Aufnahme gefunden. Mit Ehrenpforten und Blumen- und Fahnenschmuck hatte man sie empfangen. Nur die öffentlichen Gebäude blieben schmucklos, weil die Interalliierte Kommission die Ausschmückung untersagt hatte. Ohne Unterschied des Alters, der Partei und des Bekenntnisses gingen sie zur Urne, geschmückt mit dem schwarzen Ordenskreuz im weissen Felde. Selbst Blinde liessen sich hinführen, Kranke auf der Bahre hintragen. Alle wollten ihr Deutschtum beweisen.

Das Abstimmungsergebnis war über alles Erwarten glänzend. In den westpreussischen Kreisen wurden rund 105 000 Stimmen für das Verbleiben bei Deutschland und nur 7 747 Stimmen für Polen abgegeben. Nur 7,5 Prozent bekannten sich zur polnischen Republik, dagegen 92,5 Prozent zu Deutschland. Im Kreise Stuhm, in dem die meisten Polen wohnten und in dem bei der letzten deutschen Volkszählung (1910) 15 445 Einwohner sich zur polnischen Muttersprache bekannt hatten, wurden

nur 4904 polnische Stimmen abgegeben. Also selbst in diesem für stark polnisch gehaltenen Kreise blieb die Zahl der polnischen Stimmen erheblich hinter den Erwartungen zurück.

Im Abstimmungsbezirk Allenstein, den die Polen als rein polnisch angesprochen hatten, war das Abstimmungsergebnis geradezu überwältigend: 97,5 Prozent aller Stimmen wurden für Deutschland und nur 2,5 Prozent für Polen abgegeben. 363 209 Stimmen hatten sich für das Verbleiben bei Deutschland und nur 7 890 Stimmen für Polen entschieden. Der besondere Wert des Sieges lag aber in der Tatsache, dass in den gesamten Abstimmungsgebieten sich weit über die Hälfte der dort wohnenden Polen für das Verbleiben beim deutschen Staate ausgesprochen hatte. Und das trotz schärfsten Drucks und Terrors! Grösser konnte der Erfolg wahrlich nicht sein.

Hunderttausende von Deutschen hatten der deutschen Heimat, hatten Volk und Nation die Treue gehalten und unter den schwersten Umständen mannhaft Bekenntnis zum Deutschtum abgelegt. Tausende von eingedeutschten Polen hatten sich zum deutschen Kulturkreis bekannt und damit kundgegeben, dass sie die Segnungen der preussischen und deutschen Herrschaft wohl zu schätzen wussten. Alle Versprechungen, Lockungen, Irreführungen, Täuschungen und Verleumdungen waren an dem ehrlichen deutschen Sinn der Bevölkerung abgeprallt. Es war wahrhaftig nicht leicht, sich in jenen Tagen des Sturmes und Dranges zu Deutschland zu bekennen. Die Waage des materiellen Vorteils und der besseren Zukunft schien sich bedenklich zu Deutschlands Ungunsten zu neigen. Auf der einen Seite ein geschlagenes, bedrücktes, aus tausend Wunden blutendes Deutschland, dem niemand einen Wiederaufstieg und eine bessere Zukunft zu prophezeien wagte, und auf der andern Seite ein im Glanze des Glückes sich sonnendes, wie der Phönix aus der Asche erstandenes, im Aufstieg befindliches und von

grossen und mächtigen Bundesgenossen begönnertes Polen, das war keine leichte Alternative. Es war selbstverständlich, dass die Polen alle zugunsten ihres Landes sprechenden Stimmungsmomente aufs stärkste in der Abstimmungspropaganda ausnutzten. Ja, bei dem besonderen Charakter der Polen konnte es nicht ausbleiben, dass auch mit Drohungen und Vergeltungsandeutungen nicht gespart wurde. Auch die deutsche Regierung wurde verdächtigt, und gelegentlich angedeutet, dass sie bereits ihre Zustimmung zur Abtretung eines Teiles von Ostpreussen gegeben habe. Auch diese Verleumdung verfing nicht.

Wenn trotz alledem Deutsche und ein Grossteil der ortsansässigen Polen in den Abstimmungsgebieten sich für Deutschland entschieden, dann ist das zu erklären aus der grossen Liebe zur Heimat und Scholle, aus dem Nachwirken der unvergesslichen Tradition eines preussischen und deutschen Staates und aus dem ehrenfesten, durch nichts zu erschütternden treuen Sinn der ost- und westpreussischen Bevölkerung.

Mit Recht trägt daher das Abstimmungsdenkmal in Marienburg die stolzen, wie ein Gelöbnis klingenden Worte:

"Dies Land bleibt deutsch!"

Die tapferen Ost- und Westpreussen, die vor zehn Jahren den glänzenden Abstimmungssieg erfochten haben, haben unser aller Dank verdient. Denn sie haben nicht nur ihre Heimat und ihr engeres Vaterland, sondern mit ihm ganz Deutschland und die deutsche Idee und den deutschen Geist gerettet. Die Abstimmungstage waren ein Lichtblick in der damaligen trostlosen Zeit des Zusammenbruchs! Sie sind ein Ausblick in eine bessere Zukunft geworden.

Zunächst konnte sich das Abstimmungsgebiet auch rein äusserlich der Freude an dem errungenen Siege hingeben. Am 10. August 1920 kam das Gebiet

wieder unter die Obhut des preussischen Staates und des Deutschen Reiches. Unter dem Jubel der Bevölkerung kehrten die deutschen Truppen zurück.

Aber die Freude wurde sehr bald getrübt. Die Hoffnungen der Ost- und Westpreussen, dass die Siegermächte das Abstimmungsergebnis zum Anlass nehmen würden, um nunmehr auch in dem Rest von Westpreussen, in Posen und in Soldau, Danzig und Memel die Bevölkerung durch Abstimmung über ihre Staatszugehörigkeit entscheiden zu lassen, wurden nicht erfüllt. Ausserdem schritten die alliierten Mächte zu einem neuen Gewaltstreich, indem sie wider alles Recht und entgegen dem klaren Willen der Bevölkerung auf polnisches Verlangen die auf der rechten Seite der Weichsel gelegenen westpreussischen Ortschaften Johannisdorf, Aussendeich, Neu-Liebenau, Kleinfelde, Kramersdorf und den Hafen von Kurzebrack von Deutschland loslösten und zu Polen schlugen. Dadurch wurde Ostpreussen von der Weichsel vollständig abgetrennt. Die Weichselgrenze verläuft nunmehr zwischen dem rechten Weichselufer und dem die Niederung schützenden Deich. An zwei Stellen aber überschreitet sie den Deich ostwärts, so dass die Deichabschnitte in polnischen Händen sind. Damit ist die Durchführung der Deichaufsicht und einer wirksamen Verteidigung des Deiches erschwert, ja unter Umständen unmöglich gemacht. Das bedeutet, dass bei einem Deichdurchbruch nicht nur die gesamte Marienwerder Niederung, sondern auch ein Teil der Marienburger Niederung der Ueberflutung ausgesetzt ist. Für den Zugang zur Weichsel bleibt jetzt lediglich eine schmale Pflasterstrasse bei Kurzebrack, die man aber als einen freien Zugang zum Strom nicht ansehen kann. Auch vom Allensteiner Abstimmungsgebiet hat man drei kleine Gemeinden an der Westgrenze des Kreises Osterode den Polen zugesprochen. Es sind dies die Orte: Groschken, Lobenstein und Klein-Nappern.

Trotz der glänzenden Abstimmung haben die Ost- und Westpreussen keinen Augenblick vergessen, dass sie auch weiterhin auf hart gefährdeter, heiss umstrittener Scholle stehen. Wie vor zehn Jahren, so heisst für sie auch heute das Gebot der Stunde, deutsches Wesen zu verteidigen. Die Insellage Ostpreussens hat für dieses urdeutsche Land im äussersten Osten des Reiches eine Fülle von Gefahren und Bedrängnissen heraufbeschworen. Aber nicht nur Ost- und Westpreussen leiden unter diesem unhaltbaren Zustand, sondern der ganze Osten von Memel bis nach Oderberg leidet aufs schwerste unter der verhängnisvollen Grenzziehung, der Auseinanderreissung zusammenhängenden Gebietes und der Aufsplitterung der bis dahin einheitlichen Grenze. Die gleichen Ursachen haben an der ganzen Ostgrenze die gleichen Wirkungen ausgelöst. Der ganze Osten ist eine blutende Wunde geworden. Wirtschaftlicher und kultureller Abstieg und Niedergang sind die Kennzeichen der heutigen Lage im Osten. Der Bericht des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, der die Einwirkungen der Gebietsabtretungen auf die deutsche Wirtschaft untersucht hat, sagt daher mit Recht:

> "Wer weitausschauend den Ablauf des geschichtlichen Werdens bedenkt, das langsam, aber unerbittlich fortschreitet, verfolgt die Erscheinungen des Niederganges mit um so grösserer Sorge, je klarer er erkennt, dass sie als Folgen der Zerreissung natürlich gegebener und historisch gewordener Zusammenhänge eintreten mussten."

Das ganze deutsche Volk hat allmählich erkannt, dass dem schwer bedrängten Osten geholfen werden muss, wenn er nicht wirklich zu Grunde gehen soll. Die Erkenntnis ist heute Allgemeingut von Staat, Volk und Nation geworden, dass sich im Osten das Schicksal Deutschlands entscheidet.

Wohl sind schon bisher ausserordentliche Leistungen zur Behebung der grossen Not in den östlichen Provinzen aufgebracht worden. Reich und Staat haben gleichmässig gewaltige Mittel für Eisenbahn- und Strassenbauten, für Wohnungs- und Siedlungswesen und zur Rettung der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt.

Für Ostpreussen insbesondere hat man im Mai vorigen Jahres eine besondere Hilfsaktion unternommen, die noch nicht ganz abgeschlossen ist. Aber alle diese Reichs- und Staatshilfen kurierten mehr oder weniger an den Symptomen. Jetzt soll nun, angeregt durch eine breite Bewegung im deutschen Volke, eine einheitliche, grosse Hilfsaktion für den gesamten Osten eingeleitet werden. Der Reichspräsident von Hindenburg, dessen Wiege in der Ostmark stand, und dessen Interesse an der Rettung des Ostens daher ganz besonders gross ist, hat in seiner Botschaft an den Reichskanzler vom 18. März 1930 den Anstoss gegeben und auf die Notwendigkeit hingewiesen, den deutschen Ostmarken schnell und gründlich zu helfen. Er hat in dieser Kundgebung mit ernsten Worten auch die Verbundenheit der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion betont und damit dem ganzen deutschen Volke ein grosses und erhabenes Ziel gezeigt.

Das Osthilfsprogramm, das in seinen Grundzügen nunmehr feststeht, sieht eine Reihe der verschiedensten Massnahmen zur Behebung der deutschen Ostnot vor. Im Vordergrund der Aktion steht die Hilfe für die am meisten gefährdete Landwirtschaft, die man durch Umschuldungsmassnahmen, Betriebssicherung und schliesslich durch Einführung eines zeitlich begrenzten Vollstreckungsschutzes stützen will. Dabei ist die Fortführung des Siedlungswerkes als notwendige Ergänzung der Umschuldungsaktion gedacht. Neben der Hilfe für die Landwirtschaft steht ein ausführliches Bauprogramm für die Grenzeisenbahnen

und für neue Strassen des Ostens. Endlich ist eine Lastensenkung, vor allem eine Milderung der Realsteuerbelastung, und eine Frachtenerleichterung und die Förderung sonstiger wirtschaftlicher, sozialer und gesundheitlicher Zwecke vorgesehen. Als besonders dringlich erscheint hierbei der Bau von Krankenhäusern, Jugend- und Wohlfahrtsheimen, Sportplätzen und die Unterstützung der Grenztheater und anderer kultureller Einrichtungen.

Das Ostprogramm wird sich auf fünf Jahre verteilen und grosse Mittel erfordern. Neue Opfer werden damit dem deutschen Volke zugemutet. Nachdem der Westen befriedet ist, muss das deutsche Volk nunmehr das Gesicht nach dem Osten kehren und alles aufwenden, um ihn vor Not und Untergang zu retten.

Das Gefühl der Schicksalsverbundenheit zwischen Ost und West wird, so darf man hoffen, das deutsche Volk in allen seinen Teilen befähigen, diese Opfer zu bringen. Wenn es in kurzem diese neuen Lasten auf sich nimmt, wird es den Männern und Frauen, die am 11. Juli 1920 unbeirrt und unerschüttert ihr Deutschtum in der Volksabstimmung bekannt haben, den schönsten Dank abstatten!

Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin W 35,
Potsdamer Strasse 41.

Druck: Steglitzer Anzeiger.